



BORIS PALMER ZU IMMOBILIENINVESTOREN: „ICH BRAUCHE SIE NICHT!“

Bereits vor ein paar Wochen hatte der Bürgermeister von Tübingen, Boris Palmer (Die Grünen) für Aufmerksamkeit gesorgt, als er sagte Tübingen könne nicht ewig weiter wachsen und er wolle deshalb das Bauland begrenzen. Jetzt liest er in Berlin der Immobilienwirtschaft die Leviten. Die WELT berichtete darüber: „Am Mittwoch hatte der Grünen-Politiker einen kurzen, aber intensiven Auftritt vor gut 200 Profifinanzierern und Immobilieninvestoren in Berlin. (...)„Ich erwarte keinen Applaus“, stellte er gleich zu Beginn fest. Die Zuhörer ahnten ohnehin schon nichts Gutes angesichts seines 20-minütigen Vortrags mit der These, dass „nur der Staat ausreichend bezahlbaren Wohnraum sichern kann“.

„Sie können nicht das Angebot schaffen, das wir brauchen.“

„Was Sie betreiben, findet keine Akzeptanz mehr in der Gesellschaft“, so Palmer in seinem Vortrag. „Das können Sie auf Dauer nicht mehr so machen, und zwar im eigenen Interesse. (...) Der Markt bietet zurzeit offenbar keine Lösung“, warf der Oberbürgermeister den erstaunten Teilnehmern des Kongresses ‚Finanzierung für die Real Estate Industry‘ vor. „Sie können nicht das Angebot schaffen, das wir brauchen“ sagte Palmer und sprach von überhitzten Märkten und einer Überforderung der Bürger, aber auch von falscher Baulandvergabe der Gemeinden

und unterbesetzten Bauämtern. Und Palmer spricht gegenüber den Immobilienentwicklern

Klartext: „Ich habe ein Überangebot an Investoren in Tübingen. Ich brauche Sie nicht. Und wenn, dann zu meinen Bedingungen.“ Eine klare Haltung, die man sich auch in Freiburg wünschen würde, denn vieles in Freiburg ist mit Tübingen vergleichbar.

„Was Sie betreiben, findet keine Akzeptanz mehr in der Gesellschaft.“

In Tübingen hat

Palmer bereits die Notbremse gezogen: Neues Bauland wird nur noch an kommunale oder genossenschaftliche Unternehmen vergeben. Wenn ein privater Entwickler jedoch

zusichert, dass 90 % der entstehenden Wohnflächen festgelegte Mieten haben werden, kann auch er den Zuschlag erhalten. In Freiburg sind es nur 50 % sozialer Wohnraum, der gefordert ist, aber schon der ist angesichts der hohen Erschließungs- und Baukosten in Dietenbach kaum realisierbar. Wir werden also bald erleben, wie Grüne, CDU und SPD im Gemeinderat umkippen werden und für Dietenbach (wieder einmal gegen die Stimmen von Freiburg Lebenswert) Ausnahmeregelungen beschließen werden. Es sei denn, wir erhalten bei der Kommunalwahl am 26. Mai endlich neue Mehrheiten im nächsten Freiburger Gemeinderat.

Siehe dazu: <https://www.welt.de/finanzen/immobilien/article191308289/Immobilienmarkt-Boris-Palmer-liest-Investoren-die-Leviten.html>

Vergleiche auch: <https://freiburg-lebenswert.de/tuebingens-ob-palmer-spricht-von-grenzen-des-wachstums/>



Die Häuser der Familienheim-Genossenschaft in der Quäkerstraße (Foto: M. Managò)